



FAMILIEN. STÄRKEN. KOMMUNEN.

Kommunales Netzwerk Familienfreundlichkeit Sachsen

Dokumentation zum Fachtag 2019
am 12. Juni in Dresden

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	S. 4
Fachtag „Familien. Stärken. Kommunen. Kommunales Netzwerk Familienfreundlichkeit Sachsen“ am 12. Juni 2019 in Dresden	S. 5
Umfrage im Vorfeld	S. 5
Durchführung des Fachtags	S. 9
 Vorträge	
1. Bevölkerungsentwicklung und sozialer Wandel als kommunale Herausforderungen	S. 11
Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher (ehem. Statistisches Landesamt) Leitung der Gesprächsrunde „Kommunale Herausforderungen“	
2. Wege zum kommunalen Netzwerk Familienfreundlichkeit – Warum, Wozu und Wie?	S. 14
Prof. Dr. Udo Rudolph (Institut für Psychologie TU Chemnitz) Leitung der Gesprächsrunde „Netzwerkmanagement“	
3. Netzwerk Familienfreundlichkeit – Ansätze, Aufgaben, Ausblick	S. 17
Holger Reinboth (Bürgermeister Arzberg, Nordsachsen) Leitung der Gesprächsrunde „Nächste Schritte“	
 Ergebnisse der Gesprächsrunden und Ausblick	S. 18
 Anhang	
Vortrag 1	S. 20
Vortrag 2	S. 42
Vortrag 3 (gekürzt)	S. 53

EINLEITUNG

Was zeichnet eine familienfreundliche Kommune aus? Wie gelingt es Kommunen, ihre bereits vorhandenen „Schätze zu heben“, aber auch neue Wege zu mehr Familienfreundlichkeit zu beschreiten? Welche Bereiche sollte eine Kommune in den Blick nehmen, wenn sie Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe ihres kommunalen Handelns begreift und sich bemüht, attraktive Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen?

Diesen Fragen geht das Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. (BKS) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Familienverband (DFV) Landesverband Sachsen e.V. im Rahmen seiner gemeinsamen Projektreihe „Familien im Zentrum – Auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune“ seit dem ersten Fachtag 2016 nach.

Der als ein Ergebnis dieses Fachtags entwickelte „Leitfaden zur Weiterarbeit vor Ort“ gibt in den vier Schwerpunkt bereichen Wohnen, Verkehr, Verwaltung und Familienorte Impulse für mehr Familienfreundlichkeit in den Kommunen. Ausgehend von diesem Leitfaden untersuchten in den Folgejahren 2017-2018 vier sächsische Modellkommunen, wie sich familienfreundliche Strukturen eigenverantwortlich vor Ort verbessern lassen, inwiefern es Grenzen kommunalpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten gibt und an welcher Stelle es politischer Lösungen auf Freistaats- oder Bundesebene bedarf.

Als wichtige Erkenntnis aus der Projektarbeit kristallisierte sich heraus, dass es für Kommunen sinnvoll sein kann, Ideen und Erfahrungen untereinander auszutauschen – nicht nur, um voneinander zu lernen, sondern auch, um Kräfte zur besseren politischen Durchsetzung kommunaler Belange auch in diesem Bereich zu bündeln.

Erste Schritte auf dem Weg zu einer kommunalen Vernetzung für mehr Familienfreundlichkeit in Sachsen zu erörtern, dazu diente der Fachtag am 12. Juni 2019 in Dresden.



FACHTAG „FAMILIEN. STÄRKEN. KOMMUNEN. KOMMUNALES NETZWERK FAMILIENFREUNDLICHKEIT SACHSEN“ AM 12. JUNI 2019 IN DRESDEN

Umfrage im Vorfeld

Um das Interesse der sächsischen Kommunen an einer Vernetzung zu erfragen, luden das Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. (BKS) und der Deutsche Familienverband LV Sachsen e.V. (DFV) die Kommunen im Vorfeld des Fachtags ein, sich an einer Umfrage zu dem Thema zu beteiligen und einen entsprechenden Fragebogen auszufüllen:

*„Familien im Zentrum – Familienfreundliche Kommune“
An die Bürgermeister und Landräte im Freistaat Sachsen*

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe auch der Kommunalpolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung. Familienfreundlichkeit beginnt vor Ort: Hier wird deutlich, wie es Familien geht. Hier zeigt sich, was Familien im Alltag und in ihren verschiedenen Lebensphasen brauchen. Hier lassen sich aber auch am besten Lösungsmöglichkeiten bedarfsgerecht (mit)gestalten. Für die Kommune ist Familienfreundlichkeit wiederum ein Attraktivitätsgewinn und Standortfaktor.*

Sächsische Kommunen auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit

Wie wichtig die Nutzerperspektive – also der Blick von unten – ist, haben wir im Rahmen unseres Projektes „Familien im Zentrum – Auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune“ erfahren. Ausgehend von unserem ersten Fachtag im Oktober 2016 gehen wir seitdem der Frage nach: Was zeichnet eine familienfreundliche Kommune aus? So haben wir 2017 und 2018 vier sächsische Gemeinden auf ihrem jeweils eigenen Weg zu mehr Familienfreundlichkeit begleitet. Die wichtigsten Erkenntnisse aus diesem Prozess lauteten: Jede Kommune ist anders und doch gibt es Probleme, die sich ähneln. Austausch ist nötig – vor Ort, aber auch darüber hinaus. Nicht nur die Kommunikation in der eigenen Kommune gilt es zu pflegen – Familienfreundlichkeit sollte auch zwischen den Kommunen verstärkt zum Thema werden. Wie können die Bemühungen um mehr Familienfreundlichkeit in den Kommunen verstetigt, aber auch der interkommunale Austausch gefördert werden? Unter welchen Voraussetzungen könnte eine Vernetzung sächsischer Kommunen erfolgen, um das Thema auch im Hinblick auf den Freistaat nachhaltig im Blick zu behalten?

Netzwerk Familienfreundliche Kommune - Fragebogen

Ihre Kommune: _____

Ist in Ihrer Kommune Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe im Verwaltungshandeln verankert?

- Ja. Auf welche Weise? _____
- Nein

Gibt es in Ihrer Kommune einen zentralen Ansprechpartner / eine Anlaufstelle für Familien?

- Ja. Welche? _____
- Nein

Stellt Ihre Kommune an zentraler Stelle Informationen für Familien zur Verfügung?

- Ja. Wie? _____
- Nein

Verfügt Ihre Kommune über Beteiligungsmöglichkeiten für Familien in der kommunalen Familienpolitik?

- Ja. Welche? _____
- Nein

Gibt es in Ihrer Kommune Strukturen der Vernetzung für die Akteure vor Ort (z.B. für Vereine, Initiativen, Familienbildungseinrichtungen, Kitas, Schulen etc.)?

- Ja. Welche? _____
- Nein

Arbeiten Sie in Ihrer Kommune im Bereich Familienfreundlichkeit vor Ort mit anderen Kommunen zusammen?

- Ja. Inwiefern? _____
- Nein

Haben Sie Interesse an einer Vernetzung mit anderen Kommunen zum Austausch und zur Nutzung von Synergieeffekten, um das Thema Familienfreundlichkeit nachhaltig in Ihrer Kommune zu fördern?

- Ja
- Nein
- Wenn ja, haben Sie Ideen oder Wünsche zur Ausgestaltung? _____

Wir bedanken uns sehr herzlich für Ihre Teilnahme an dieser Umfrage und bitten um Rücksendung des Fragebogens bis zum 27. März 2019 an das

Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V. • Schulstraße 15 • 02977 Hoyerswerda
oder per E-Mail an: bks@bks-sachsen.de

Welche Ansätze dafür gibt es und was wäre erstrebenswert? Diesen Fragen möchten wir auf unserem Fachtag nachgehen.

Hierzu bitten wir Sie um Unterstützung. Sie finden umseitig Fragen zum Thema Familienfreundlichkeit vor Ort, über deren Beantwortung (per Post oder auf elektronischem Wege) wir uns sehr freuen würden. Ihre Antworten werden anonymisiert ausgewertet und fließen in den Fachtag mit ein.

Fragebogen Netzwerk Familienfreundliche Kommune

Die Kommunen wurden gebeten, linksstehende Fragen zu beantworten und ihre Wünsche und Vorschläge für eine Vernetzung zum Thema Familienfreundlichkeit zu benennen.

Ergebnis der Umfrage

An der Umfrage beteiligten sich zahlreiche Städte, Gemeinden und Kommunen verschiedener Größe (zwischen ca. 1.700 und 90.000 Einwohnern) aus allen Regionen Sachsens.

Die Antworten der Kommunen ergaben ein sehr unterschiedliches Bild davon, inwieweit das Thema Familienfreundlichkeit vor Ort bereits als eigenständiger Ansatz verfolgt wird.

Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe

Das Spektrum reichte hier von einer Zertifizierung als „Familiengerechte Kommune“ durch den Verein Familiengerechte Kommune e.V. über eine mehrmalige Zertifizierung als „Familienfreundlicher Ort“ durch die TMGS Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH, die Teilnahme an dem Projekt „Familienfreundliche Kommune“ des DFV und BKS bis hin zu der Erstellung eines kommunalen Leitbildes oder Regelungen in der Allgemeinen Dienstanweisung einer Kommune. Einige Gemeinden gaben an, Familienfreundlichkeit (noch) nicht als Querschnittsaufgabe zu sehen.

Zentraler Ansprechpartner für Familien

Entsprechend den Antworten auf die erste Frage gibt es nicht in allen Kommunen eine zentrale Ansprechstelle für Familien. Wo dies der Fall ist, ist sie beispielsweise in folgenden Bereichen angesiedelt: beim Bürgermeister, im Bereich bzw. Sachgebiet Soziales, im Amt bzw. beim Sachbearbeiter für Schule, Soziales und Sport, im Hauptamt oder – in einer sehr kleinen Verwaltung – bei allen Mitarbeitern.

Zentrale Informationen für Familien

Viele Gemeinden und Kommunen stellen an zentraler Stelle Informationen für Familien zur Verfügung, wie z.B. auf ihrer Homepage, in der Gemeindeverwaltung / im Foyer des Rathauses (Prospekte, Broschüren), per Aushang oder Faltblätter, bei Informationsveranstaltungen, in Kitas und Schulen.

Beteiligungsmöglichkeiten

Familien können sich in der kommunalen Familienpolitik auf unterschiedliche Weise beteiligen, genannt wurden hier beispielsweise: eigene Sprechzeiten des Bürgermeisters, Stadtrat, Ortschaftsrat, Elternrat oder Jugendbeirat, ein Frauenstammtisch im MGH, Netzwerkarbeit, Dialoge, Umfragen, im Rahmen von Workshops zu bestimmten Themen, Kinderbürgermeister oder Mitwirkung bei der Erstellung eines Leitbildes für die Stadt.

Vernetzungsstrukturen innerhalb der Kommune

Einen wichtigen Stellenwert haben hier die Vereine, die von vielen Gemeinden als wichtig für die Vernetzung von Akteuren vor Ort genannt wurden. Daneben spielen auch Kitas und Schulen – sowie in einigen Kommunen – Mehrgenerationenhäuser (MGH) eine sehr große Rolle, ebenso wie Kinder- und Familienzentren sowie Stadtteil-Netzwerke.

Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Kommunen

Nur wenige Kommunen sind bereits vernetzt und arbeiten mit anderen Kommunen im Bereich Familienfreundlichkeit zusammen. Dort, wo dies der Fall ist, geschieht dies unter anderem über regionale Vereine (wie in der Westlausitz) oder über das Netzwerk „Verein familiengerechte Kommune“, in Form einer Verwaltungsgemeinschaft (in Nordsachsen), über den Zusammenschluss zur Erlebnisregion Dresden oder durch die enge Zusammenarbeit mit einer Nachbarstadt im Kita- und Schulbereich.

Alle bis auf eine der Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligt hatten, gaben an, grundsätzlich Interesse an einer Vernetzung zu haben.

DURCHFÜHRUNG DES FACHTAGS

Begrüßung und Eröffnung

Unter der Schirmherrschaft von Frau Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, fand am 12. Juni 2019 von 10:00 bis 15:00 Uhr der Fachtag „Familien. Stärken. Kommunen. Kommunales Netzwerk Familienfreundlichkeit Sachsen“ im Quality Hotel Plaza Dresden statt.

Die Moderation übernahm, wie schon zu dem ersten Fachtag im Jahr 2016, Ulrich Hübler von der Freien Presse in Chemnitz. Mit seiner einleitenden Begrüßung „Willkommen auf der Baustelle“ lenkte er den Blick auf das, was mit dem Projekt „Familien im Zentrum – Familienfreundliche Kommune“ schon erreicht wurde – „das Fundament ist gelegt“ – und stellte für den Fachtag die Frage: „Wie bauen wir auf dem Fundament auf“?

Im Anschluss an Herrn Hüblers Ausführungen begrüßte die Vorsitzende des DFV Landesverbandes Sachsen e.V., Beatrix Schnoor, die Anwesenden und begründete das Anliegen des Fachtags „Kommunales Netzwerk Familienfreundlichkeit“ mit dem vielfach geäußerten Wunsch aus den Kommunen, an diesem Thema weiterzuarbeiten: „Es muss weitergehen“. Im Hinblick auf den Titel des Fachtags verwies sie darauf, wie sich Familien und Kommunen wechselseitig stärken: Weisen Kommunen für Familien attraktive Strukturen auf, fühlen diese sich dort wohl und bleiben oder ziehen zu. Dies wiederum stärkt die Kommunen, die ihre Infrastruktur in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl erhalten oder ausbauen können.

Den inhaltlichen Teil der Veranstaltung eröffnete Staatssekretärin Regina Kraushaar aus dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (z.d.Zt.). In ihrer Rede betonte Frau Kraushaar zunächst das Engagement aller Ressorts für Familien und ging insbesondere auf die Verbesserung der ökonomischen Entwicklung im Freistaat ein. Als Auswirkungen auf die Situation von Familien nannte sie die allgemeine Einkommensentwicklung, den Kaufkraftzuwachs und eine seit 2007 festgestellte verringerte Armutsgefährdung.

Frau Kraushaar zählte in ihrem Redebeitrag Maßnahmen in verschiedenen Bereichen auf, mit denen die Rahmenbedingungen für ein auskömmliches Leben von Familien geschaffen würden: eine familiengerechte Infrastruktur (Schulen und Bildung), Familien unterstützende Maßnahmen (z.B. sachsenweit 38 Mehrgenerationenhäuser), eine Onlineplattform mit Datenbank, die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt (bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, digitale Lösungen), passgenaue und niedrigschwellige Beratungsangebote für Familien sowie bedarfsgerechte und zuverlässige Leistungen insbesondere für Alleinerziehende und Bedürftige.

Einer Bevormundung von Familien durch den Staat erteilte sie eine klare Absage und hob demgegenüber die Bedeutung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative hervor. In diesem Zusammenhang verwies sie auch auf das Landeserziehungsgeld, für das der Freistaat jährlich 18 Millionen Euro zahle.

Eine wichtige Rolle schrieb Frau Kraushaar den Familienverbänden zu, die sich als Mittler zwischen Familien und Freistaat einbringen könnten, beispielsweise in dem im letzten Jahr ins Leben gerufenen Landesbeirat für die Belange von Familien.



Staatssekretärin Regina Kraushaar, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (z.d.Zt.)

Den Vormittag beschlossen Frau Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher (ehemalige Leiterin des Statistischen Landesamtes), Prof. Dr. Udo Rudolph (Institut für Psychologie TU Chemnitz) und Holger Reinboth (Bürgermeister von Arzberg, Nordsachsen) mit ihren jeweiligen Fachvorträgen, die im Folgenden kurz zusammengefasst werden. Die ausführlichen Fassungen sind im Anhang nachzulesen.

Bevölkerungsentwicklung und sozialer Wandel als kommunale Herausforderungen
Prof. Dr. Irene Böttcher-Schneider (ehem. Statist. Landesamt)

Wege zum kommunalen Netzwerk Familienfreundlichkeit – Warum, Wozu und Wie?
Prof. Dr. Udo Rudolph (Institut für Psychologie TU Chemnitz)

Netzwerk Familienfreundlichkeit – Ansätze, Aufgaben, Ausblicke
Holger Reinboth (Bürgermeister Arzberg, Nordsachsen)

1. Bevölkerungsentwicklung und sozialer Wandel als kommunale Herausforderungen - Prof. Dr. Irene Böttcher-Schneider (Zusammenfassung)

Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen und prognostizierten Bevölkerungsrückgangs in Deutschland und Sachsen beleuchtete Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher in ihrem Vortrag, welche Konsequenzen sich daraus insbesondere für den ländlichen Raum ergeben und inwiefern Kommunen reagieren müssen, um dem damit verbundenen gesellschaftlichen Wandel – weniger Kinder, mehr Alte, vielfältigere Lebensformen – Rechnung zu tragen.

Unterlegt mit einer Fülle von statistischem Zahlenmaterial erläuterte die Referentin folgende Zusammenhänge:

„Die demografische Alterung der Bevölkerung hat weitreichende Folgerungen für unser Gemeinwesen“

Der derzeit noch moderat steigende Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung wird, nachdem er eine Weile konstant geblieben ist, auf die lange Sicht abnehmen. Dadurch verschiebt sich die Jugendquote (Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung) zu Lasten der Altersquote (Anteil der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung).

Dies wirkt sich insbesondere aus auf

- die Infrastrukturmaßnahmen im Kita- und Schulbereich
- das Fachkräfteangebot
- den steigenden Anteil älterer Arbeitnehmer an der gesamten Erwerbsbevölkerung (z.B. notwendige Weiterbildung und Erhaltung ihrer Gesundheit im Verlauf eines immer längeren Berufslebens, Anpassung an die Digitalisierung und Automatisierung des Arbeitsumfelds)
- den Pflegebereich
- das steuerfinanzierte Sozialsystem

„Diese Entwicklungen finden auch ihren Niederschlag in den Familien, deren Selbstverständnis, deren Werthaltungen und deren Struktur“

Die Art des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert und ist durch einen zunehmenden Individualismus sowie veränderte Werthaltungen und Lebenseinstellungen geprägt.

Hierzu einige Zahlen:

- Zunahme der 1-Personen-Haushalte, insbesondere in den Großstädten
- 23,4% der Haushalte sind Haushalte mit Kindern
- 53,8% der Kinder wachsen in Familien mit einem verheirateten Paar auf

- 70,6 % der Pflegebedürftigen leben zu Hause und werden dort gepflegt (davon 40,8 % ausschließlich durch Familienangehörige, 15,5% zusätzlich noch durch einen Pflegedienst und 14,3% nur durch ambulante Dienste). Prognosen des Statistischen Landesamtes zufolge wird auch in Zukunft der Hauptanteil der Pflege von Familienangehörigen plus einem ambulanten Pflegedienst übernommen werden.

Diese Entwicklungen betreffen verschiedene Politikfelder: die Bildungs- und Sozialpolitik sowie die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

„Als unterste Ebene sind die Kommunen und ihre Einrichtungen besonders stark betroffen“

Kommunen halten die meisten öffentlichen Einrichtungen vor, erhalten Finanzzuweisungen in Abhängigkeit von ihrer Einwohnerzahl und haben kaum Möglichkeiten, den Zuzug oder die Abwanderung der Einwohner zu beeinflussen. Daher ist es für sie besonders wichtig, als Standort – Wohnen, ÖPNV, Bildungs- und Arbeitsstandort – attraktiv zu sein.

„Und was zeichnet dabei eine familienfreundliche Gemeinde aus?“

In Anbetracht des zu verzeichnenden gesellschaftlichen Wandels (Abnahme der Eheschließungen, Zunahme der Scheidungen, rückläufige Geburtenzahlen, Grenzen des „klassischen Familienmodells“) ergeben sich einige wichtige Handlungsfelder:

- generationenübergreifende Organisation von Fürsorge
- Zusammenarbeit zwischen Kita und Elternhaus
- neue Wege in der Seniorenarbeit
- Überprüfung, ob die vorhandenen Unterstützungsangebote ausreichen (unter Berücksichtigung von Notlagen, Personengruppen und dem Zusammenleben von Generationen)

„Wichtige Handlungsfelder für eine Familienfreundliche Kommune“

Zum Abschluss ihrer Präsentation ging die Referentin auf drei in einer Bertelsmannstudie genannten Bereiche kommunalpolitischen Handelns ein:

1. Präventive Kinder- und Familienpolitik mit einer bedarfsorientierten Grundausrichtung der kommunalen Kinder- und Jugendpolitik, einem vielfältigen Unterstützungssystem für viele Lebenslagen und der gleichen Berücksichtigung aller familiären Lebensgemeinschaften mit Kindern;

2. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik mit Blick auf die unterschiedlichsten Bereiche (Pflege, Gesundheit, Wohnen, aber auch Bildung, Kultur, Mobilität, Engagement und Nahversorgung) und unter Einbeziehung der Potentiale älterer Menschen;
3. Stärkung von Bildungsverbänden auf kommunaler und überkommunaler Ebene im Bereich Schule/berufliche Bildung, Weiterbildung und nachberufliche Bildung zur Eröffnung von Chancen für eine gute Zukunft, dem Ausgleich von sozialer Ungleichheit sowie der Überwindung des Stadt-Land-Gefälles.

In der Bildung sieht Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher eine kommunale Kooperations- und Vernetzungsaufgabe und hebt am Ende ihres Vortrags die für die jeweilige Kommune wichtigsten Punkte hervor:

- die eigene Ausgangssituation erfassen
- ein vernetztes und umfassendes Konzept für die Zukunftsentwicklung der eigenen Kommune entwickeln und
- die Familien und Menschen in der Kommune als Mittelpunkt, Adressat und Mitgestalter der eigenen Strategie sehen.

„Anfangen – und seien es auch nur kleine Schritte!“

Dies gibt Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher ihren Zuhörern mit auf den Weg.



Gesprächsrunde „Kommunale Herausforderungen“

2. Wege zum kommunalen Netzwerk Familienfreundlichkeit - Warum, Wozu und Wie? - Prof. Dr. Udo Rudolph (Zusammenfassung)

Warum ist Familie als interdisziplinäre Querschnittsaufgabe auf Kommunalebene zu begreifen, wozu ist eine Vernetzung sinnvoll und auf welche Weise können die Ziele erreicht werden?

Diesem Fragenkomplex ging Prof. Dr. Rudolph in dem zweiten Fachvortrag des Vormittags nach und führte Folgendes aus:

Familien sind zunächst einmal vor allem lokal verankert und benötigen daher auch vor Ort entsprechende Ressourcen. Da jedes Gemeinwesen anders ist, unterscheiden sich auch die Probleme und die zur Verfügung stehenden Mittel, so dass es keine Patentrezepte gibt, die für alle Kommunen gleichermaßen geeignet sind. Lediglich die Prozesse sind stets die gleichen.



Prof. Dr. Udo Rudolph

„Kollektive Wirksamkeit“

Ausgehend von der „kollektiven Wirksamkeit“ an der Spitze einer Pyramide, die auf „Bildung“ und „Räumen und Kultur“ basiert, welche wiederum auf den Bereichen „Wohnen“, „Verwaltung“, „Infrastruktur“ und „Verkehr“ fußen, erläuterte Prof. Dr. Rudolph Ansätze und Prozesse für die Einbeziehung von Familienbelangen in kommunales Handeln.

Der seit einigen Jahren verfolgte Ansatz, den Blick auf die „kollektive Wirksamkeit“ zu richten, beruht auf der Bereitschaft von Mitgliedern einer Gemeinschaft, füreinander da zu sein und sich um das Ganze zu kümmern. Es wird geschaut, wie Betroffene zum Handeln aktiviert werden können („Wo drückt der Schuh?“), bei Schwierigkeiten wird interveniert (insbesondere, wenn Kinder und Jugendliche betroffen sind). Bei diesem Ansatz sind Prozesse zur informellen sozialen Kontrolle und zum sozialen Zusammenhalt erforderlich.

Gemeinwesen – Arbeit und Quartiersmanagement

Entstanden vor etwa 120 Jahren in England und den USA, beruht dieses Konzept darauf, Projekte zu fördern, bei denen Orte der Begegnung geschaffen werden (z.B. Hausmeisterwohnungen in Plattenbauten in Neukölln).

„Community Organizing“ – Bürgerplattformen zur Organisation von lokaler Gemeinschaft

Dieser Ansatz beruht auf drei Grundprinzipien: dem sog. „Empowerment“ (Übertragung von Verantwortung bzw. von Gestaltungsmöglichkeiten), dem Aufbau von Bürgerorganisationen sowie der Veränderung benachteiligender Strukturen. Er beinhaltet u.a. folgende Maßnahmen: Mobilisierung von Menschen / über soziale Medien / zu öffentlichen Treffen, Überraschungsaktionen, Zuweisung von Verantwortlichkeiten sowie Fund-Raising. Dabei sind die Techniken gleich, die Inhalte aber unterscheiden sich.

Den größtmöglichen Erfolg verspricht es dabei, Menschen zu aktivieren, sich selbst um ihre Belange zu kümmern (Selbsthilfe / Netzwerk von Betroffenen).

Wirksamkeit von Maßnahmen und Schlussfolgerungen

Vier Merkmale wirkungsvoller Maßnahmen sind (gemäß WHO und APA) die langfristige Perspektive, eine gute Erreichbarkeit, die Unterstützung der Mitwirkenden sowie die wissenschaftliche Begleitung (Lerneffekt).

Schlussfolgerungen

Aus dem Gesagten ergeben sich für Prof. Dr. Rudolph vier wesentliche Schlussfolgerungen:

1. Selbsthilfe (Räume für Austausch schaffen)
2. Motivation, Bindungen, Ziele (Erreichen gesteckter Ziele durch Motivation und gemeinsame Anstrengungen)
3. Vernetzung (Organisation von Einrichtungen bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer Vielfalt)
4. Respekt für unterschiedliche Perspektiven / Diversität (erst Ideen sammeln, dann erst bewerten)

Ausblick

Vor dem Hintergrund dessen, dass sich die Veränderungen in unserem Gemeinwesen weiter beschleunigten, werde es immer Herausforderungen geben, die immer weitere, kontinuierliche Arbeit erfordere.

„Es gibt keinen Stillstand, kein „Zur-Ruhe-Kommen“ und kein „Ende der Gespräche“. (...) Und wir werden immer weiter dazulernen (müssen).“



Gesprächsrunde „Nächste Schritte“

3. Netzwerk Familienfreundlichkeit - Ansätze, Aufgaben, Ausblicke Holger Reinboth (Zusammenfassung)

Als Bürgermeister der Kommune, die 2017 als erste an dem Projekt „Familienfreundliche Kommune“ teilgenommen hatte, berichtete Holger Reinboth über seine inzwischen mehrjährigen Erfahrungen mit dem Projektverlauf.

Eine ausführliche Projektbeschreibung, die über den genauen Ablauf in allen teilnehmenden Kommunen Aufschluss gibt, ist in der Projektdokumentation 2016 - 2018 „Familien im Zentrum - Familienfreundliche Kommune“ des BKS und DFV enthalten. Daher soll auf weitere Einzelheiten an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Anhand des von Arzberg verfolgten Ansatzes gab Bürgermeister Holger Reinboth Anregungen, wie zum einen Familienfreundlichkeit innerhalb der Kommune umgesetzt werden kann und welche Maßnahmen zum anderen auf Landkreis-, Freistaats- und Bundesebene erforderlich und wünschenswert sind.

Kommunale Aufgaben

- Werbung für die eigene Kommune als Zuzugsort
- Bauland bereitstellen
- ausreichend großen Wohnraum zur Verfügung stellen (3-/4-Raum-Wohnungen)
- Familienwegweiser (z.B. Willkommensbroschüre)
- Gestaltung des Ortskerns
- Familienplätze/Spielplätze/Treffpunkte für Jugendliche
- neue Freizeiteinrichtungen schaffen
- Ehrenamt unterstützen

Landkreisebene (Landkreis Nordsachsen)

- „Seniorenbezogenes Gesamtkonzept“
- Projekt „Sozialer Kümmerer“
- Willkommenskultur

Freistaatsebene

- Finanzausstattung der Kommunen
- Lichtung des „Fördermittel-Dschungels“
- Entlastung der Familien (Tickets, Gebühren), vor allem in den Bereichen: Kita und Schule / ÖPNV

Bundesebene

- Finanzausstattung der Kommunen verbessern
- Bundesprogramm für Wirtschaftsförderung im ländl. Raum
- Verstetigung des MGH-Programms ab 2021
- Familienferienzentren

„Familienfreundlichkeit – Wie weiter?“

Zur überregionalen Umsetzung von Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von familienfreundlichen Strukturen schlug Holger Reinboth folgende Schritte vor:

1. Grundlage: Projektdokumentation des DFV/BKS
2. Übertragung der Ideen in die kommunale Praxis (ggf. auf Landkreisebene)
3. Prüfung und Umsetzung von Ideen aus den Kommunen durch den Freistaat (Haushaltsstelle im Etat)
4. Schaffung des Rahmens auf Bundesebene durch das BMFSFJ (Bundesprojekt)

ERGEBNISSE DER GESPRÄCHSRUNDEN UND AUSBLICK

Nach der Mittagspause hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich mit den drei Referenten des Vormittags in individuellen Gesprächsrunden zu ihren Themen auszutauschen. Die stichwortartig erarbeiteten Ergebnisse wurden auf einer Pinnwand präsentiert und dem Plenum am Ende der Veranstaltung vorgestellt:

Vernetzung innerhalb einer Kommune

Hinsichtlich der Vernetzung innerhalb einer Kommune wurden u.a. folgende Punkte angesprochen:

- Vernetzung vor Ort, z.B. mit Kirchengemeinden
- neue Modelle der Kooperation zwischen Eltern und Erziehern (bessere Vernetzung)
- Koordination von Notfall-Springerdiensten
- Netzwerk für pflegende Angehörige
- Schaffung von öffentlichem Raum für Begegnungen

Vernetzung mehrerer Kommunen

Anforderungen an bzw. Ideen für ein Netzwerk, zu dem sich mehrere Kommunen zusammenschließen:

- Thema „familienfreundliche Kommune“ muss Chefsache sein und mehr publik gemacht werden

- Ist-Zustand erheben („Was gibt es alles in Sachsen?“)
- zentraler Ansprechpartner mit Fachwissen als Schnittstelle im Netzwerk (Expertise des DFV nutzen)
- Organisationsform des Netzwerks: klein (mittelgroß) beginnen
- Plattform für externe Kommunikation einrichten
- ggf. Newsletter
- regelmäßige Jahrestreffen zum Thema
- institutionelle Förderung mit dauerhaftem Ansprechpartner



Die drei Referenten Holger Reinboth, Prof. Schneider-Böttcher, Prof. Rudolph im Gespräch mit Beatrix Schnoor

Im Anschluss an die Präsentation der Ergebnisse stellte Lutz Barthel, der Geschäftsführer des Bildungswerks für Kommunalpolitik Sachsen e.V., das neu vom ihm eingerichtete Internetportal „Familien. Stärken. Kommunen. – Netzwerk-Plattform zum kommunalen Austausch für Familienfreundlichkeit“ vor und lud die Kommunen ein, davon rege Gebrauch zu machen.

Neues Portal: „Familien. Stärken. Kommunen. – Netzwerk-Plattform zum kommunalen Austausch für Familienfreundlichkeit“

www.familienfreundliche-kommune-sachsen.de



Mit diesen Impulsen und dem Dank der DFV-Vorsitzenden Beatrix Schnoor an die Referenten, den Moderator und die Teilnehmer der Veranstaltung endete der Fachtag. Der erste Schritt ist getan, nun geht es an die Ausgestaltung.

Prof. Dr. I. Schneider-Böttcher

Bevölkerungsentwicklung und sozialer Wandel als kommunale Herausforderung

Wir spüren es alle:

Unsere heutige Gesellschaft ist geprägt von einer hohen Veränderungsdynamik mit weitreichenden Konsequenzen für das individuelle Leben von Menschen und für das menschliche Zusammenleben.

Heute möchte ich in einem kurzen Abriss

- ausgewählte Aspekte der Bevölkerungsentwicklung

mit Fokus auf

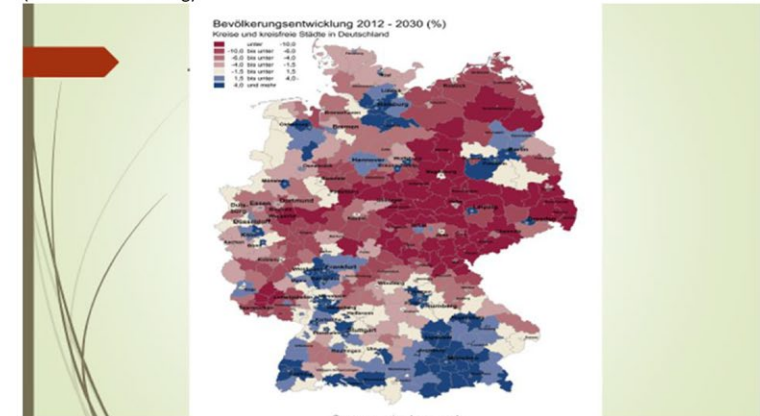
- die Ebene der Familie und
- des sozialen Wandels

darstellen und der Frage nachgehen „Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die kommunale Ebene?“

Grundlage meiner Ausführungen sind weitgehend Daten und Materialien der amtlichen Statistik und der Bertelmann Stiftung.

Aktuelle Prognosen (vgl. Abb. 1) belegen, dass auch in Zukunft mit einer weiteren rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahlen in großen Teilen Deutschlands zu rechnen ist.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2030
(Bertelmannstiftung)



Dabei ist von einer regional sehr differenzierten Entwicklung auszugehen.

Ursachen dafür sind insbesondere

- der Geburtendefizit (auch die relativ hohe Geburtenrate in Sachsen sichert die Reproduktionsrate nicht),
- die Zuwanderung aus dem Ausland, besonders in die Ballungszentren und
- die sog. Binnenwanderung innerhalb Deutschlands.

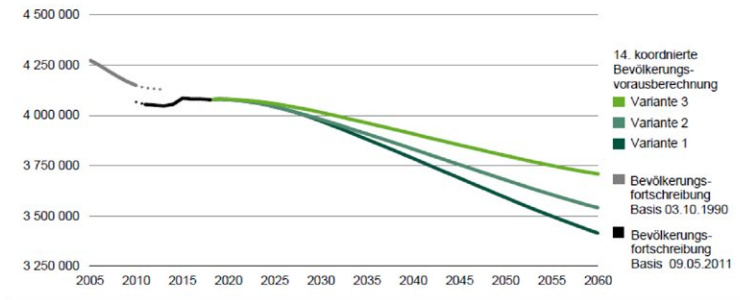
Diese Binnenwanderung zeigt sich auch deutlich innerhalb Sachsens, was sich in den positiven Wachstumstendenzen der Städte, insbesondere Dresden und Leipzig und deren Umkreise, sichtbar macht.

Die daraus abzuleitenden regionalpolitischen Konsequenzen sind z.B.

- die Verbesserung des ÖPNV, um Wohnstandorte auch in ländlichen Räumen attraktiv zu erhalten und die Verbindung zwischen den Kristallisationskernen der Städte und den regionalen Mittel- und Kleinstädten zu verbessern,
- regionalpolitische Entwicklungen unter dem Aspekt der zukünftigen Optionen im Arbeitsprozess, die ein Arbeiten standortflexibel möglich machen (insbesondere Arbeit 4.0, Digitalisierung, flächendeckende Breitbandversorgung etc.).

Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung in Sachsen 2005 – 2060

(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Medieninfo 108/2019)



Zum Ende des Jahres 2018 lebten in Sachsen 4 077 937 Einwohner, das sind 3.371 Personen (= 0.1 %) weniger als ein Jahr vorher. Die positive Bevölkerungsentwicklung Sachsens in den Jahren 2014 und 2015 setzte sich nicht fort und bleibt weiterhin – nach Schätzung des Statistischen Landesamtes – eine Ausnahme.

Über die weitere Entwicklung gibt die aktuelle Bevölkerungsprognose Auskunft:

„In Sachsen sollen nach aktuellen Berechnungen im Jahr 2060 zwischen 3,4 Mio. und 3,7 Mio. Personen leben. Dies bedeutet einen Bevölkerungsrückgang um 369 Tausend bis 663 Tausend Personen bzw. 9 bis 16 Prozent im Vergleich zum Jahr 2018. Voraussichtlich bis zum Jahr 2032 wird damit Sachsens Bevölkerung unter 4 Millionen fallen. Damit einhergehend setzt sich die Alterung der sächsischen Bevölkerung fort. So steigt das Durchschnittsalter auf bis zu 48 Jahre im Jahr 2060. Dabei wird der Bevölkerungsrückgang auch weiterhin durch das Geburtendefizit bestimmt, da bei den Wanderungen für Sachsen mit Wanderungsgewinnen sowohl mit dem Bundesgebiet als auch mit dem Ausland gerechnet wird.“ (Statistisches Landesamt Sachsen, Medieninfo 108/2019).

Aufgrund des zwischenzeitlich positiven Wanderungssaldos (d.h. es ziehen mehr Menschen nach Sachsen als von Sachsen weg; aber: insbesondere Studierendeneffekt) und der hohen Geburtsrate (Geburten/Frau im gebärfähigen Alter) in Sachsen konnte die Dynamik des Bevölkerungsrückganges zwischenzeitlich zwar gebremst werden, dennoch ist auch in Zukunft von einem weiteren Bevölkerungsrückgang (regional durchaus differenziert; Wachstumspotenziale in den Großstädten, siehe Tab. 1) auszugehen.

Aktuelle Ergebnisse zeigen, dass Sachsen im vergangenen Jahr das höchste Geburtendefizit (Geburten : Sterbefälle) seit 1999 zu verzeichnen hatte.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung des Freistaates Sachsen im Jahre 2018 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, Medieninfo 104/2019)

Gebietsstand 1. Januar 2019

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Lebend- geborene	Gestor- bene	Überschuss der Lebend- geborenen bzw. Gestor- benen (-)	Zuzüge über die Gebietsgrenze	Fortzüge über die Gebietsgrenze	Überschuss der Zuzüge bzw. Fortzüge (-)
Chemnitz, Stadt	2 320	3 467	-1 147	13 574	12 015	1 559
Erzgebirgskreis	2 540	5 196	-2 656	7 278	7 247	31
Mittelsachsen	2 289	4 705	-2 416	9 197	8 675	522
Vogtlandkreis	1 647	3 735	-2 088	5 805	5 501	304
Zwickau	2 428	5 324	-2 896	8 342	7 897	445
Dresden, Stadt	6 095	5 568	527	31 878	28 736	3 142
Bautzen	2 388	4 401	-2 013	7 316	6 998	318
Görlitz	1 805	4 091	-2 286	7 274	6 549	725
Meißen	1 901	3 361	-1 460	8 116	7 317	799
Sächsische-Schweiz- Osterzgebirge	2 048	3 370	-1 322	7 873	6 348	1 525
Leipzig, Stadt	6 756	6 490	266	36 395	30 370	6 025
Leipzig	2 054	3 753	-1 699	9 197	7 743	1 454
Nordsachsen	1 619	2 829	-1 210	8 656	7 518	1 138
Freistaat Sachsen	35 890	56 290	-20 400	99 476	81 489	17 987

Hieraus ergeben sich weitreichende Folgerungen für die Bevölkerungsstruktur:

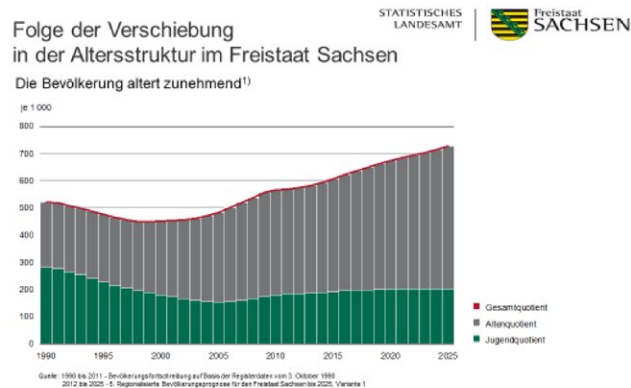
- Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahren noch etwas erhöhen und dann längere Zeit relativ konstant bleiben bzw. regional differenziert wieder abnehmen. Der wachsende Bedarf an KiTa- und Schulplätzen ist heute in verschiedenen Gemeinden spürbar. Längerfristig gehen die aktuellen Prognosen dabei nur bei den zwei großen Städten Dresden und Leipzig von einem weiteren Wachstumspotential aus. Bei Infrastrukturplanungen in einzelnen Kommunen ist deshalb die langfristige Entwicklung der Bevölkerungsstruktur bei der Entscheidung für einzelne Maßnahmen zu bedenken.
- Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter nimmt weiter ab. Dies hat weitreichende Folgen, z.B. auf
 - das Fachkräfteangebot und
 - das gesamte steuerfinanzierte Sozialsystem.
- Der Anteil der älteren Bevölkerung – und hier insbesondere der Bevölkerungsgruppe älter als 80 Jahren - nimmt weiter zu (Pflegebedarf, stärkere Nutzung des Potenzials Älterer etc.).

Diese demografische Alterung der Bevölkerung hat weitreichende Folgerungen für unser Gemeinwesen. Nachfolgend werden einige Aspekte aufgezeigt:

- **Abb. 3:** Das Verhältnis von erwerbsfähiger Bevölkerung zu noch nicht (Jugendquote) und nicht mehr erwerbstätiger (Altersquote) Bevölkerung verschiebt sich weiterhin zu Lasten der Erwerbsbevölkerung. In Abhängigkeit vom zukünftigen Berufs- und Renteneintrittsalter werden in wenigen Jahren auf 1000 Menschen im erwerbsfähigen Alter (wovon auch hier sicherlich nicht alle erwerbstätig sein werden) über 700 Menschen in Sachsen kommen, die noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind. Die Folgen für unser Sozialsystem sind gravierend und deren Neujustierung muss stärker unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit vorgenommen werden (z.B. Steuerfinanzierung der Altersversorgung? Renteneintrittsalter)

Abb. 3: Folgen der Verschiebung der Altersstruktur

hier: Anstieg der sog. Soziallastquote (Stat. Landesamt Sachsen)



5 | Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

- **Abb. 4:** Auch bei der Gruppe der Erwerbstätigen nimmt der Anteil der älteren Arbeitnehmer weiter zu.

Als Konsequenzen ergeben sich daraus:

- die Weiterbildung im beruflichen Leben ist ebenso wichtig wie die Erstausbildung. Die staatliche Unterstützung dieser Bildungsbereiche und ein für Berufstätige akzeptables, motivierendes Bildungsangebot sind m.E. von großer Relevanz für die Zukunft.
- Die Bedeutung altersgemischter Arbeitsgruppen nimmt zu und bedarf in den einzelnen Unternehmen eines systematischen Diversitymanagements.
- Die Gesunderhaltung der Mitarbeitenden und Führungskräfte muss stärker in den Fokus rücken.
- Wichtige Fragen sind:
 - Wie lässt sich die Basis für gesunde Mitarbeitende und Unternehmen schaffen?
 - Wie gelingt es innovationsfördernde Teamarbeit in alternden Belegschaften aufzubauen?
 - Wie schaffen wir es, dass die Mitarbeitenden den zukünftigen Herausforderungen der Arbeitswelt gewachsen sind (Anforderungen der sog. VUCA-Welt, gekennzeichnet durch Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Ambiguität) und ausreichende Resilienz aufbauen?

Abb. 4: Folgen der Verschiebung der Altersstruktur

hier: Altersstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung

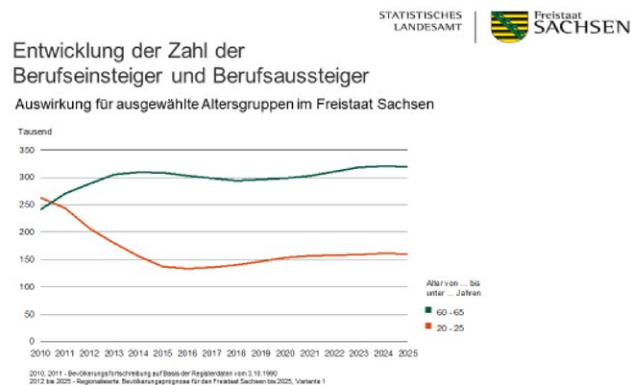


7 | Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

- **Abb. 5.:** Die Zahl der Altersabgänge kann auch zukünftig nicht durch zahlenmäßig gleich hohe Neueinstellungen junger Menschen kompensiert werden. Inwieweit dies zu Fachkräftemangel führt, ist sicherlich branchen- und regionspezifisch sehr unterschiedlich zu beantworten. Zudem spielt es eine große Rolle, welche Auswirkungen die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung auf den Fachkräftebedarf hat. Es zeigt sich bereits heute, dass die Attraktivität des jeweiligen Arbeitgebers eine wichtige Stellschraube für die Gewinnung qualifizierter neuer Fachkräfte und die Bindung bestehender Mitarbeitender ist. Dies ist insbesondere für Kommunen und dem öffentlichen Dienst insgesamt von großer Bedeutung.

Abb. 5: Folgen der Verschiebung der Altersstruktur

hier: Berufseinsteiger zu altersbedingte Berufsaussteiger



Erfreulicherweise zeigt sich aufgrund des positiven Wanderungssaldos und der guten Geburtenentwicklung eine Steigerung der Schülerzahlen (Abb. 6), wenn auch mit großer regionaler Differenzierung (Abb. 7). Die steigenden Schülerzahlen sind begleitet von einer unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Schultypen. Dazu die aktuellen Schulabschlüsse in Sachsen:

- 32 % der Absolventen mit Hochschulreife
- 51 % der Absolventen mit Realschulabschluss
- 9 % der Absolventen mit Hauptschulabschluss
- 8 % der jungen Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss.

Abb. 6: Bisherige Entwicklung der Schülerzahlen in Sachsen (Stat. LA SN)

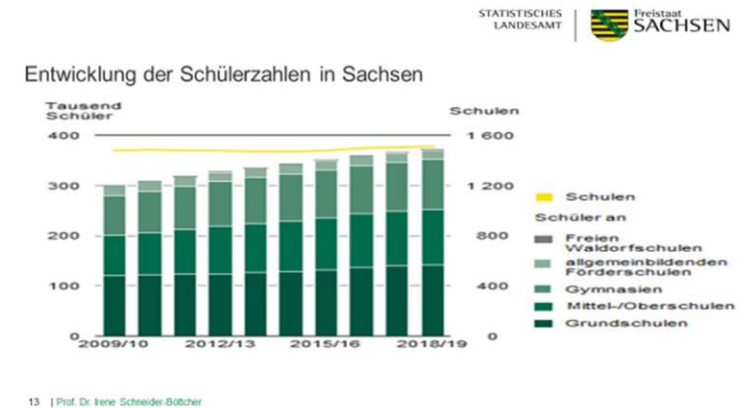
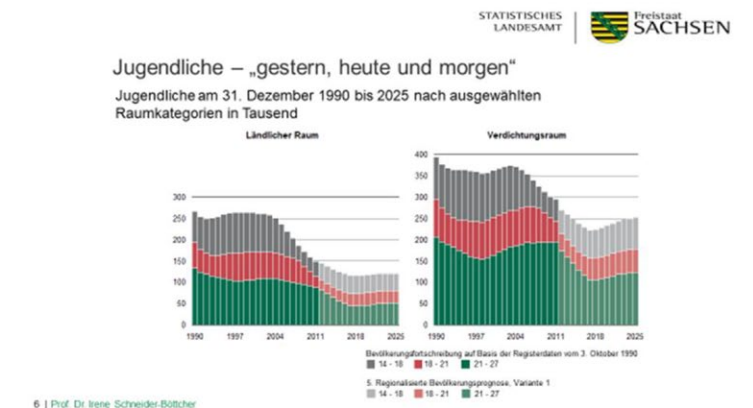


Abb. 7: Zahl der Jugendlichen in Abhängigkeit von der jeweiligen Raumkategorie (Stat. Landesamt Sachsen)



Die regional unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung findet auch ihren Niederschlag in der unterschiedlichen Pflegequote (vgl. Abb.8).

Insgesamt ist erkennbar, dass aufgrund der stark gewachsenen Lebenserwartung der Menschen die Pflegequote insgesamt sehr stark angestiegen ist und große regionale Differenziertheit aufweist. In der Folge sind einzelne Gebietskörperschaften, wie insbesondere die Landkreise Görlitz, Zwickau, Erzgebirgskreis und Bautzen überproportional mit derartigen Aufgaben belastet.

Abb.8: Regional differenzierte Pflegequote in Sachsen

Pflegequote in Sachsen (Pflegebedürftige/ 1000 EW d.G.)

(Quelle: Statistisches Landesamt: Pflegestatistik) 2013

Stadt / Landkreis	Pflegequote	Landkreis	Pflegequote
Chemnitz, Stadt	36.5	Bautzen	41.0
Dresden, Stadt	28.2	Görlitz	48.1
Leipzig, Stadt	30.6	Meißen	38.1
Erzgebirgskreis	42.2	Sächs. Schw-Ostergebirge	38.0
Mittelsachsen	37.1	Leipzig Landkreis	35.5
Vogtland	35.1	Nordsachsen	38.8
Zwickau Kreis	42.8	Insgesamt 2013	36.9
		Vergl.: 1990	26.5

Der **Gesellschaftliche Wandel** macht sich aber nicht nur an den demografischen Veränderungen fest, sondern wird wesentlich durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Megatrends „getrieben“. Das Zukunftsinstitut erachtet fünf Megatrends für besonders gravierend:

- Urbanisierung : neue Formen der Vernetzung und Mobilität
- Silver Society: „Neue Lebensphase“ der fitten älteren Menschen führt zu einem neuen „Mindset“ der Gesellschaft.
- Konnektivität: Vernetzung dominiert den gesellschaftlichen Wandel. Digitale Kommunikationstechnologien verändern unser Leben und das gesellschaftliche Miteinander grundlegend.
- Individualisierung: Dies bedeutet insbesondere die Freiheit der Wahl. Erzeugt aber auch (scheinbare) Gegentrends, wie eine WIR-Kultur, Verlustängste etc.
- Wissenskultur: Es entstehen neue Formen der Innovation und des gemeinsamen – grenzüberschreitenden – Lernens und Forschens. Dies macht lebenslanges Lernen notwendig.

Insgesamt führen diese Entwicklungen zu einer zunehmenden Vielfalt/Pluralität unserer Gesellschaft. Das Sinus-Institut untersucht laufend die soziologische Entwicklung der verschiedenen Milieus in Deutschland und gestattet so einen Blick auf gesellschaftliche Trends in unserem Land.

Es zeigt sich, dass heute die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe nicht nur von der eigenen wirtschaftlichen Lage abhängig ist, sondern maßgeblich von (durchaus bildungs- und sozialisationsbedingten) Werthaltungen und Einstellungen geprägt wird. Das Sinusinstitut grenzt für das Jahr 2019 10 unterschiedliche Milieus ab (siehe Abb. 9).

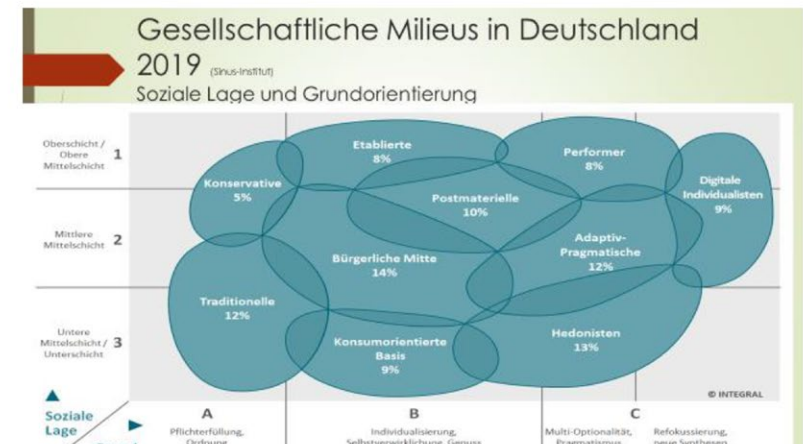
Erkennbar dabei ist, dass

- innerhalb der einzelnen „Blasen“ (Milieus) die Meinungen, Werthaltungen, Vorlieben relativ homogen sind und
- viele Menschen nur innerhalb ihrer „Gruppe“ (Milieu) Kontakte aufrechterhalten und sich gegenüber anderen Milieus scharf abgrenzen. So wird – quasi wie in einer Echokammer – die eigene Meinung verstärkt und bestätigt, während bezüglich Andersdenkenden die Gefahr der Ausgrenzung und der Intoleranz besteht.

Die Vielgestaltigkeit unserer Gesellschaft zeigt sich ganz aktuell auch in den sehr differenzierten Wahlergebnissen und dem Stimmenverlust sog. Volksparteien.

Daraus lassen sich viele Fragen, wie z.B. zum gesellschaftlichen Konsens, Demokratieverständnis, Mehrheitsfähigkeit von Beschlüssen u.v.a.m. ableiten.

Abb. 9: Gesellschaftliche Milieus in Deutschland (Sinus-Institut)



Diese Entwicklungen finden auch ihren Niederschlag in den Familien, deren Selbstverständnis, deren Werthaltungen und deren Struktur.

Dazu einige statistische Daten:

Abb. 10 zeigt, dass trotz rückläufiger Bevölkerungszahl die Zahl der Haushalte in Sachsen zugenommen hat.

Dabei nahm die Zahl der 1-Personen-Haushalte, insbesondere in den Großstädten, zu (über 43 % aller Haushalte sind 1-Personen-Haushalte). Derartige Haushalte sind Haushalte von jungen und alleinstehenden Menschen und insbesondere von älteren alleinlebenden Menschen, vorrangig von Frauen. Im Gegensatz dazu nimmt die Anzahl der größeren Haushalte ab. In jüngster Zeit ist wieder ein gewisser Anstieg größeren Wohngemeinschaften erkennbar, wohl eine Folge der hohen Miet- und Mietnebenkosten.

Der Zensus des statistischen Landesamtes liefert sicherlich eine gute Planungsgrundlage für die jeweilige Kommune.

Abb. 10: Veränderung der Haushaltsstrukturen in Sachsen

Haushaltsstrukturen in Sachsen, Vergleich 1991 - 2017

	1991	2017
Bevölkerung insg. (1000)	4725.7	4053.4
Haushalte (1000)	2048.5	2144.0
1-Pers.HH (%)	29.1	43.4
2-Pers.HH (%)	33.7	36.3
3-Pers.HH (%)	19.0	10.9
4 und mehr Pers.HH (%)	18.3	9.5
Durchschn. Pers./HH	2.3	1.9

Nicht nur die Größe der Haushalte, sondern auch die Art des Zusammenlebens in einer familialen Gemeinschaft hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte verändert. Dies veranschaulichen die Zahlen in Abb. 11:

- Weniger als ¼ der Haushalte (genau 23.4 %) sind Haushalte mit Kindern
- Gut die Hälfte der Kinder (53,8 %) wächst in Familien mit einem verheirateten Paar auf.
- ¼ (25,3 %) aller Kinder in Sachsen werden derzeit von einem alleinerziehenden Elternteil versorgt, erzogen, aufs Leben vorbereitet. Dabei ist zu bedenken, dass der Großteil armutsgefährdeter Kinder in Alleinerziehenden Haushalten lebt. (Fragen: Erwerbsbeteiligung Alleinerziehender Elternteile, Unterstützungs- und Beratungsangebote etc.)

Abb. 11: Familiäre Lebensformen in Sachsen

Familien nach Lebensform in Sachsen 2017

	Haushalte mit Kindern	Haushalte ohne Kinder
In % der HH insg.	23.7 %	76.3 %
Davon (in % der HH der jeweiligen Gruppe):		
- Ehepaare	53.8	26.4
- Lebensgemeinschaften	21.0	5.4
- Alleinerziehende	25.3	-
- Alleinlebende	-	44.5

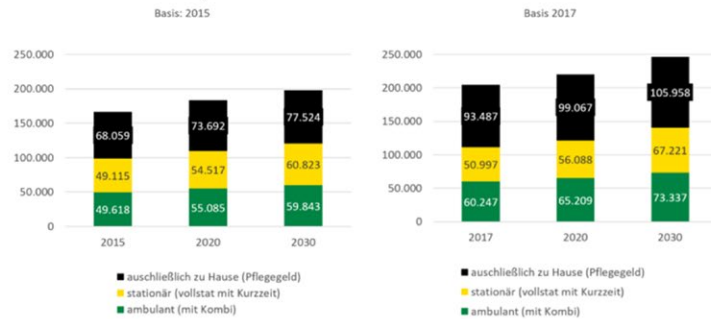
Neben der Verantwortung für Kinder leisten Familien den Löwenanteil für die Betreuung pflegebedürftiger Familienmitglieder.

- Der Großteil der Pflegebedürftigen in Sachsen (70,6 %) lebt zuhause und wird zuhause gepflegt. Wie nachfolgende Zahlen belegen, zum überwiegenden Teil durch Familienangehörige:
- 40,8 % aller Pflegebedürftigen werden nur durch die Familienangehörigen gepflegt,
- 15,5 % durch Familienangehörige plus ambulante Dienste und
- 14,3 % zuhause nur durch ambulante Dienste.

Wie die aktuellen Prognosen des statistischen Landesamtes untermauern (Abb. 12), wird auch in Zukunft die häusliche Pflege zum Teil in Kombi mit ambulanten Diensten die weitaus größte Bedeutung für die Sicherung der Versorgung Pflegebedürftiger haben.

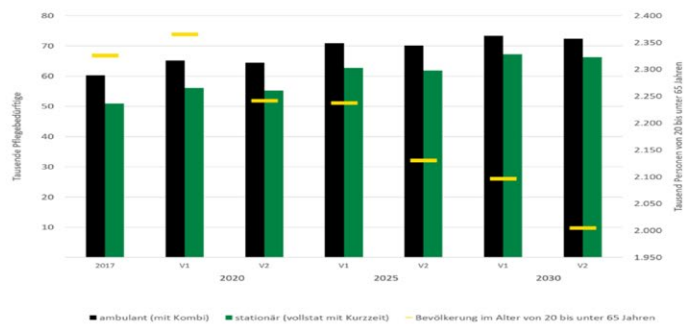
Diese Form der Pflege im häuslichen Kontext verstärkt zu würdigen und zu unterstützen, ist sicherlich in Zukunft eine wichtige Aufgabe – auch der Kommunen.

Abb. 12: Wo werden Menschen zukünftig vorwiegend versorgt?
(Statistisches Landesamt Sachsen)



Dies ist eine hervorragende gesellschaftliche Leistung der Familien, zumal, wie Abb. 13 verdeutlicht, bei abnehmender Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter eine vorrangige Versorgung in ambulanten und stationären Einrichtungen schwer realisierbar sein dürfte.

Abb.13 : Pflegebedürftige in ambulanten und stationären Einrichtungen sowohl Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Sachsen
(Statistisches Landesamt Sachsen)



Diese wenigen Daten und Fakten sollen als Grundlage für die Ableitung von Herausforderungen für die Kommunen dienen. Dabei ist es in der Praxis notwendig, vor der Einleitung von Maßnahmen die jeweilige ganz spezifische Situation in der konkreten Gemeinde zu erheben und auf dieser Grundlage Strategien und Projekte abzuleiten.

Einiges ist aber über alle kommunalen Besonderheiten hinaus für viele Kommunen ähnlich:

Erkennbar ist die quantitative und qualitative Veränderung der Bevölkerungsstruktur, die sich für Deutschland und die meisten westeuropäischen Länder mit drei Schlagworten beschreiben lässt:

- weniger Kinder,
- mehr Alte,

also insgesamt weniger Menschen, auch wenn Deutschland seit dem Jahre 2010 wieder einen positiven Außenwanderungssaldo aufweist. Allein für Deutschland wird bis 2050 ein Bevölkerungsrückgang um 20% erwartet (Geburtendefizit).

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch zukünftig regional sehr differenziert verlaufen.

- Wir werden „bunter“, d.h. unterschiedlichere Werthaltungen und Lebenseinstellungen der Menschen und daraus folgend auch der Erwartungen an die Politik und an das gesamte Gemeinwesen.

Davon betroffen sind alle Politikfelder, unter anderem die Bildungs- und Sozialpolitik sowie die Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik. Eine Herausforderung, die für Politik und Verwaltung gleichermaßen einmalig in der jüngeren Geschichte ist.

Als „unterste“ Ebene sind die Kommunen und ihre Einrichtungen besonders stark betroffen, denn

- sie halten die Mehrzahl der infrastrukturellen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen für die Menschen vor,
- sie sind über einwohnerbezogene Finanzausweisungssysteme abhängig von „ihrer Bevölkerungszahl“ und
- haben gleichzeitig zum Teil wenig Einfluss auf die Zu- oder Wegzüge der Einwohner.

Die sog. Binnenwanderung der Bevölkerung, also der Wohnortwechsel innerhalb z.B. Sachsens, wird gesteuert durch die Attraktivität der Kommune als Wohnort sowie als Bildungs- und Arbeitsstandort (große Städte – ÖPNV-Anbindung der ländlichen Räume)

Die sehr unterschiedlichen Ausgangslagen in den einzelnen Gemeinden erfordern unterschiedliche Handlungsansätze und Entwicklungsmöglichkeiten.

Das bedeutet, dass

- Bund und Länder gefordert sind, den Kommunen ausreichend Freiräume bei der Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort zu geben und
- die einzelnen Kommunen auf der Grundlage ihrer jeweiligen Ausgangssituation Handlungsfelder ableiten und für diese die Akzeptanz der Bevölkerung gewinnen müssen.

Daraus ergeben sich erste Schlussfolgerungen:

1. Der Grundsatz der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (Artikel 72 GG) in allen Regionen Deutschland bedarf vor dem Hintergrund zunehmender demografischer Unterschiede einer Neuinterpretation. Wir brauchen
 - eine realistische Diskussion über Mindeststandards der Infrastrukturversorgung und Daseinsvorsorge einerseits und
 - die Gewährung weit größerer kreativen Gestaltungsspielräume in der Regionalentwicklung andererseits
 - sowie ein neues Finanzierungsmodell z.B. bei Maßnahmen der *regionalen Versorgung in den Bereichen Wasser, Abwasser etc.*
2. Auch sollten dringend die Möglichkeiten für regionale Kooperationen verbessert werden. Eine Fusion zu immer größeren Gebietskörperschaften ist nicht die alleinige Lösung. Weitere intelligente Formen der regionalen Kooperationen sind durchaus geeignet, lokale Identität zu erhalten und dennoch eine effiziente Aufgabenerledigung zu gewährleisten. Eine Experimentierklausel könnte hier die Entwicklung von Pilotvorhaben ermöglichen.
3. In der Regionalentwicklung müssen demografische Prognosen mehr Gewicht erhalten,
z.B. bei der
 - Ausweisung von Siedlungsflächen; überdimensionierte Planung von Infrastrukturprojekten – Folgekosten;
 - Wasser- und Abwasserversorgung (überregionale Verbände zur Vermeidung von „notleidenden Zweckverbänden“ und Überforderung der Bevölkerung in dünnbesiedelten Gebieten)

4. Auch der öffentliche Dienst ist von der Alterung der Mitarbeitenden stark betroffen. Es gilt, den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber zu erhalten und sein Image zu verbessern.

5. Notwendig ist insgesamt eine vorausschauende kommunale Planung.

Betroffen sind nahezu alle Politikbereiche (z.B.: Wohnstandort; Kosten und Mietnebenkosten z.B. Wasser- und Abwasser, Müllabfuhr etc.; Bildungsstandort; Arbeitsplatz, Freizeit)

Dabei sollten die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bürger verbessert werden.

6. Ausgangspunkt dieser Gestaltungsaufgaben ist es, die konkrete Ausgangssituation zu erfassen. Kommunen sollten Transparenz schaffen über die demografische Ausgangslage und über zu erwartende zukünftige Entwicklungen. (z.B. Arzberg/Beilrode). Alleine das „BAUCHGEFÜHL“ reicht nicht aus.

7. Zu empfehlen ist: die Bestellung eines „Nachhaltigkeitsverantwortlichen“ in der Verwaltung.

Dessen Aufgabenstellung könnte sein, dass alles Verwaltungshandeln politikfeldübergreifend nachhaltig ausgerichtet wird. Dies gilt letztlich für annähernd alle Entscheidungsfelder.

Nachhaltige Planung bedeutet zum Beispiel:

- Reduzierung des Flächenverbrauchs auf der grünen Wiese
- Belebung der Ortskerne
- Schulentwicklungsplanung
- Familiengerechte Infrastruktur

Und was zeichnet dabei eine familienfreundliche Gemeinde aus?

Die Familie steht in Deutschland unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie ist der erste und wichtigste Lebensort für Kinder.

Gesellschaftliche Veränderungen, wie Abnahme der Eheschließungen, Zunahme der Ehescheidungen, rückläufige Geburtenzahlen, haben zu einem Wandel des menschlichen Zusammenlebens in den Familien geführt.

„Die heile kleine Welt der Kernfamilie“ (Sehnsuchtsort für ¼ der Menschen)

Doch so heil war diese kleine Welt keineswegs:

- Das Bedürfnis beider Partner am Erwerbsleben teilzunehmen,
- die latente Überforderungssituation (Inobhutnahmen von Kindern aufgrund der Überforderung der Eltern steigend),
- die zunehmende Zerbrechlichkeit von Ehen,
- die Zunahme von alleinerziehenden Elternteilen und
- neue Formen des familialen Zusammenlebens jenseits der klassischen Mann-Frau-Beziehung

zeigen sehr schnell die Grenzen des klassischen „Familienmodells“ auf.

Aus diesen Fakten lassen sich zentrale Fragestellungen/Handlungsfelder für eine familienfreundliche Gemeinde ableiten:

- a) Die Fürsorge für andere im Lebensverlauf neu zu organisieren, ist nicht nur eine Frage der Kindererziehung, sondern auch eine Frage der Generationenbeziehungen
- b) Es ist nicht damit getan für die Ausweitung der Kinderbetreuungszeiten in Kitas zu kämpfen. Nötig ist auch eine enge Zusammenarbeit zwischen KiTa und Elternhaus. Hierzu gibt es in verschiedenen Städten schon interessante Projekte (z.B. Hippy seit 1992 in Bremen und Nürnberg: Hausbesuchsprogramme für soziale benachteiligte Kinder, d.h.: Nicht nur Ansprache der Kinder, sondern auch der Eltern.)

Bsp.: Bildungsbenachteiligung von Kindern aus bestimmten Bevölkerungsgruppen ist nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Situation, sondern der „Bildungsaffinität und Unterstützung des Elternhauses“.

Eine schöne Idee wäre ein „Modell Sachsen“ um ein verstärktes zivilbürgerliches Engagement für Familien zu initiieren. Die Kompetenzen, die Lebenserfahrung und die Bereitschaft von „jungen Altern“ könnten dabei segensreich für alle Beteiligten genutzt werden.
- c) Seniorenarbeit neu denken (Bespaßen/Betreuen versus Gestaltungsraum schaffen. Potenziale der „fitten Silberliner“ nutzen. Seniorenarbeit ist nicht nur „Pflege“)

Es stellt sich die Frage:

Sind unsere Unterstützungsangebote angemessen und ausreichend?

- Unterstützung in Notlagen heißt keineswegs nur materielle Unterstützung
z.B. Armutsgefährdungsgrenze von Kindern alleinerziehender Elternteile besonders hoch. Materielle Unterstützung sollte durch weitere Hilfestellungen assistiert werden, wie
 - Unterstützung in der täglichen Verantwortung für Kinder
 - Entlastung Alleinerziehender, z.B. durch Familienlotsen, Familienpaten
 - Schuldnerberatung
 - Qualifizierungsmöglichkeiten,
 - Erwerbsformen für alleinerziehende Eltern

- Welche Personengruppen sind besonders unterstützungsbedürftig?

Klassisch sind hier Alleinerziehende, ältere Menschen und evtl. pflegende Familienangehörige im Blick. Die Frage ist jedoch, ob sich bei Betrachtung des gesamten Lebenszyklus auch andere Bedarfe, wie z.B. Junge Elternschaft, Eintritt in eine neue Lebensphase etc. herauskristallisieren

- Wie können die Rahmenbedingungen für das Miteinander von Generationen verbessert werden?

Einige Aspekte sind gut erkennbar, wie z.B.

- Finanzierbarer Wohnraum – auch für größere Familien – auch im städtischen Bereich. Der soziale Wohnungsbau wurde in Deutschland in vielen Regionen drastisch zurückgefahren, hier wieder verstärkt zu investieren und eine Form des familienbezogenen Wohnungsbaus zu entwickeln tut not.
- Notwendigkeit des verstärkten zivilbürgerlichen Engagements und neue Formen der gesellschaftlichen Solidarität ergänzend zum Sozialsystem (Unternehmenspatenschaft)
- Generationenvertrag neu aushandeln, um Generationengerechtigkeit – insbesondere auch für die jüngere Generation – zu gewährleisten.

Wichtige Handlungsfelder für eine „Familienfreundliche Kommune“ sind :
(Quelle: Bertelsmannstudie)

- I. Präventive Kinder- und Familienpolitik
- II. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik
- III. Vernetzung der kommunalen Bildungsangebote

I. Präventive Kinder- und Familienpolitik

Bedarfsorientierte Grundausrichtung kommunaler Kinder- und Jugendpolitik

- Neben dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz darüber hinaus gehende kommunale Kinder- und Familienleistungen als kommunale Aufgabe sehen
- Zielorientierte Jugendhilfeplanung realisieren
Alle familiären Lebensgemeinschaften mit Kindern müssen gleichermaßen Berücksichtigung finden.
- vielfältiges Unterstützungssystem für viele Lebenslagen
- Auf keinen Fall sollten ausschließlich staatliche Hilfen das Handlungsdenken der Kommune bestimmen. Subsidiarität bedeutet zuallererst die Verantwortungen der Einzelnen bzw. der Familie durch entsprechende Hilfsangebote stärken.
Kinder- und Familienpolitik hat die Aufgabe, die Selbsthilfemöglichkeiten der Familie zu unterstützen und kommunal zu fördern
- Zentrale Frage ist: „Was ist erforderlich, damit Kinder und Jugendliche in unserer Gemeinde gut aufwachsen und sich gesund entwickeln können?“
Kinder- und Familienpolitik kann deshalb nicht alleine Aufgabe der Jugendämter und Jugenddezernate sein.
- Familien heute sind auf Begegnungsmöglichkeiten und Weiterbildungsangebote angewiesen. Kommunen könnten hierbei den Rahmen bilden und die notwendige Infrastruktur bereitstellen.
(Familienbildung; Vermittlung von „Kulturfertigkeiten“ etc.)
- Beratungsangebote als Form der wirksamen Prävention. Erziehungsberatungsstellen müssen deutlicher zur Pflichtaufgabe der Kommunen vor Ort gehören.

Im bundesweiten Durchschnitt werden etwas 10-12 % der gesamten städtischen Mittel für Jugendhilfeprogramme ausgegeben. Davon ist meist 1/3 des Jugendhilfetat für Erziehungshilfe nötig.

Es ist anzustreben, dass die hohen Kosten für reaktive Hilfe umgesteuert werden – für die präventive Unterstützung junger Familien und zur Stärkung der Elternverantwortung

II. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Zahl älterer Menschen in den Kommunen künftig deutlich wachsen, wobei der Anteil der über 80-Jährigen überproportional ansteigen wird.

Dabei ist es notwendig, ältere Mitbürger sehr differenziert zu sehen und sich von dem sog. „Defizitmodell“ des Alters zu lösen und die Potenziale älterer Menschen verstärkt wirksam werden zu lassen.

Seniorenpolitik steht im Spannungsfeld zwischen aktivem Altern und Pflege.

Das Alter ist wie keine andere Lebensphase durch Heterogenität gekennzeichnet und von sozial-strukturellen Veränderungen beeinflusst. So dehnt sich die Altersphase deutlich aus und ist zudem durch kulturelle und bildungsbezogene Unterschiede geprägt. Sich verändernde Familienstrukturen und die wachsende Zahl alleinlebender älterer Menschen stellen die Menschen und auch die Kommunen vor neuen Herausforderungen und erfordern die Entwicklung und Umsetzung differenzierte Angebote, um Teilhabe zu gewährleisten.

- a) Zukunftsorientierte Seniorenpolitik ist mehr als Pflege: Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik umfasst neben Pflege, Gesundheit und Wohnen auch Themen wie Bildung, Kultur, Engagement, Mobilität, Nahversorgung.
- b) Ressourcen des Alters nutzen (Voraussetzungen für ein verstärktes Engagement; Rahmenbedingungen verbessern)
- c) Potenziale des Alters sichtbar machen und wirksam werden lassen
- d) Innovative Wohnkonzepte fördern (Ältere wollen in ihrem gewohnten Umfeld bleiben; Strategien und Lösungen für innovative Wohnkonzepte fördern)
- e) Präventionspotenziale nutzen: Bis ins hohe Alter bestehen Präventions- und Rehabilitationspotenziale. Kommunen können Selbsthilfe-, Gesundheitsförderungs- und Reha-Angebote fördern – gemeinsam mit Fachleuten und Trägern. Oft fehlt es an bedarfsgerechten kommunalen Angeboten für Ältere.

f) Angebote für pflegende Angehörige:

Der Großteil Pflegebedürftigen wird im privaten Umfeld gepflegt. 70.6 % der Pflegebedürftigen in Sachsen werden zuhause gepflegt, dabei 40.8 % alleine durch Familienangehörige und 15.5. % mit Unterstützung ambulanter Dienste.

Welche Unterstützungsangebote für pflegende Familienangehörige wären in der jeweiligen Kommune möglich? (Fortbildung, Begegnungsstätten, Verbesserung der Bedingungen für ambulante Dienste etc.)

III. **Stärkung von Bildungsverbänden auf kommunaler und überkommunaler Ebene**

Bildung spielt eine zentrale Rolle für die Lebensqualität des Einzelnen und die Zukunftsfähigkeit einer Kommune. Kommunen sollten deshalb ihre kommunale Bildungslandschaft aktiv gestalten.

Aufgrund des stark zersplitterten Bildungsangebotes kommt Kommunen zunehmend auch eine zentrale Rolle bei der Koordinierung und Qualitätssicherung von Bildungsangeboten zu.

Ziel kommunaler Bildungsbemühungen könnte sein, den Menschen in der Gemeinde bessere Bildungsbedingungen und vielfältige Bildungsmöglichkeit zu bieten, damit Bildungsbenachteiligungen reduziert werden.

Ansatzpunkte dazu wären z.B.:

- a) Kommunale Kooperations- und Vernetzungsaufgabe im Bereich „Bildung“
- b) Bildungsangebot soll in den Kommunen transparent sein; Bildungsmonitoring verbessert das Bildungsangebot und die Akzeptanz
- c) Interkommunale Vernetzung stärkt die Bildungslandschaft der Region
- d) Eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft aufbauen für bessere Bildung vor Ort.
- e) Einbeziehung der Zivilgesellschaft mit Vereinen, Verbänden und Non-Profit-Organisationen
- f) Unterstützung beim Managen von Übergängen zwischen verschiedenen Stufen des Bildungssysteme leisten, z.B.
 - von KiTa in die Schule
 - Schule und beruflicher Bildung
 - Weiterbildung
 - nachberufliche Bildung

Bildungsinitiativen von Bund und Ländern zielen oft auf die kommunale Ebene, denn dort müssen sie umgesetzt werden. Nur in enger Kooperation von Staat, Kommune und Zivilgesellschaft können die komplexen Aufgaben beim Aufbau kommunaler Bildungslandschaften bewältigt werden.

Ziel ist es, den Menschen in schrumpfenden Regionen, genauso wie in Ballungszentren,

- Chancen für eine gute Zukunft zu bieten,
- die Folgen von sozialer Ungleichheit und Segregation auszugleichen und
- das Stadt-Land-Gefälle zu überwinden.

Wenn Bund und Ländern die Kommunen dabei unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, können Kommunen selbst aktiv werden und Strukturen im örtlichen Bildungsbereich aufbauen, die nachhaltigen Planungen ermöglichen und zukunftsfest sind.

Die notwendigen Handlungsbedarfe sind sicherlich in Abhängigkeit von den Voraussetzungen und Anforderungen in der jeweiligen Kommune unterschiedlich. Insofern sollten die Ausführungen nur einige Hinweise geben.

Wichtig ist für die jeweilige Kommune:

- die eigene Ausgangssituation zu erfassen und
- ein vernetztes und umfassendes Konzept für die Zukunftsentwicklung der eigenen Kommune gemeinsam mit den Bürgern zu entwickeln.
- Die Familien und die Menschen in ihrer Gemeinde als Mittelpunkt, Adressat und Mitgestalter dieser Strategie zu sehen, ist wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Zukunftsfähigkeit Ihrer Gemeinde.
- **Anfangen – und seien es auch nur erste kleine Schritte!**

Wege zum kommunalen Netzwerk Familienfreundlichkeit:
Warum, Wozu und Wie?

Familien. Stärken. Kommunen.
Fachtag
12. Juni 2019

Zum Hintergrund:

- Familie: eine inter-disziplinäre Querschnittsaufgabe auf kommunaler Ebene
- Praxisprojekt unserer Professur: Huckepack-Kinderförderung
- Mitarbeit in Projekten des Landespräventionsrates Sachsen
- Runder Tisch Jugendhilfe der Stadt Chemnitz
- Berufsbegleitendes Studium in diesem Kontext: Präventionsmanagement – Kompetenzen für soziale Interventionen

Überblick:

- Zum Hintergrund dieses Vortrages
- Kommunales Netzwerk Familienfreundlichkeit:
Warum?
Wozu?
Wie?
- Schlussfolgerungen

Das Warum:

- Familien sind lokal verankert.
- Familien brauchen lokale Ressourcen.
- Jedes Gemeinwesen ist anders.
- Das bedeutet: Die Probleme wie auch die Ressourcen sind verschieden.

Das Wozu:



Das Wie:

Gemeinwesen-Arbeit und Quartiersmanagement

- Die Gemeinwesen-Arbeit entstand Ende des 19. Jahrhunderts in England und den USA.
- In der „Toynbee-Hall“ entstand eine „Außenstelle“ der Oxford University, siehe ... <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/lp-stadtteilarbeit/87-toynbee-hall-lp.html>
- In ähnlicher Weise entstand in Chicago auf Initiative von Jane Addams das ‚Hull House‘; siehe ... https://de.wikipedia.org/wiki/Jane_Addams
- In Deutschland wurden diese – sehr erfolgreichen – Konzepte erst ab frühestens den 70er Jahren rezipiert. Ab den 90er Jahren griffen Wohnungsbaugesellschaften diese Gedanken auf; seither wird diese Form der Arbeit als Quartiersmanagement bezeichnet.

Das Wie:

Kollektive Wirksamkeit ...

- ... beinhaltet die Bereitschaft von Mitgliedern einer Gemeinschaft, füreinander da zu sein und sich um die Gemeinschaft zu kümmern,
- ... bei Schwierigkeiten zu intervenieren – insbesondere wenn es um Kinder und Jugendliche geht,
- Dies erfordert Prozesse zur informellen sozialen Kontrolle und zum sozialen Zusammenhalt.

Das Wie:

„Community Organizing“ – Bürgerplattformen zur Organisationen von lokaler Gemeinschaft

Das Community-Organizing wurde entwickelt von Saul Alinsky (1909 – 1972). In Deutschland wird es in jüngster Vergangenheit neu entdeckt, insbesondere im Kontext neuer Medien.

Grundprinzipien:

- „Empowerment“ (Ermächtigung, Macht geben)
- Aufbau von Bürgerorganisationen
- Veränderung benachteiligender Strukturen

Das Wie:

„Community Organizing“ – Bürgerplattformen zur Organisationen von lokaler Gemeinschaft

Techniken:

- Mobilisierung über soziale Medien und zu öffentlichen Treffen
- Überraschungsaktionen
- Zuweisungen von Verantwortlichkeiten
- Mobilisierung von Menschen
- Fund-Raising

Information: <http://www.fo-co.info>

Organizing

Filme

Was ist Community Organizing?

Internationale Wurzeln von Alinsky zu Obama

Geschichte in Deutschland

Eröffnung eines selbstorganisierten Jugendclubs in Bautzen durch die Jugend Ideen Konferenz Bautzen

Das Wie:

„Community Organizing“ – Arbeitsmaterialien:

Wegweiser Bürgergesellschaft

www.buergergesellschaft.de

Organisation der Selbsthilfe-Gruppen

www.nakos.de

Lokale Kontakte zur Selbsthilfe:

www.nakos.de/site/adressen/rot/

Deutsches Institut Community Organizing:

www.dico-berlin.org

Initiative Bürgerstiftungen:

www.buergerstiftungen.org

Was sind Merkmale wirkungsvoller Maßnahmen?

(nach den Standards von WHO und APA, 2003):

1. Langfristige Perspektive:

- Wie arbeiten wir erfolgreich, wie lernen wir?
- A. Ein Projekt-Nachmittag? Ein Projekt-Tag? Ein Seminar? Jemand, der „mal vorbeikommt“?
- B. Lernen braucht viel Zeit, konkrete Ziele und eine Verstetigung (Nachhaltigkeit)

Was sind Merkmale wirkungsvoller Maßnahmen?

(nach den Standards von WHO und APA, 2003):

3. Unterstützung der Mitwirkenden:

- Ehrenamtliches Engagement ist wertvoll.
- Die Ehrenamtlichen dürfen nicht allein gelassen werden.
- Hierzu braucht es Training, Zugang zu Schulungen, und Supervision.

Was sind Merkmale wirkungsvoller Maßnahmen?

(nach den Standards von WHO und APA, 2003):

2. Gute Erreichbarkeit:

- Anbindung an vorhandene Institutionen
- Geringe Kosten
- Niedrige Schwellen durch bereits vorhandenes Vertrauen
- Niedrige Schwellen, wenn Betroffene & Betroffene sich treffen
- ...

Was sind Merkmale wirkungsvoller Maßnahmen?

(nach den Standards von WHO und APA, 2003):

4. Wissenschaftliche Begleitung:

- Wir wissen zu wenig über wirkungsvolle Prävention.
- Wir lernen nur dazu, wenn wir Projekte wissenschaftlich begleiten.
- Dies ist keine leichte Aufgabe, aber absolut möglich.
- Stichwort: Methoden-Kompetenzen
Längsschnittdaten, Prä-Post-Vergleiche, Effektstärken

Ausgewählte Schlussfolgerungen:

1. „Selbsthilfe“

- In vielen Bereichen – Sucht, Betroffenheit von extrem negativen Lebensereignissen, Gesundheitsverhalten – wissen wir:
- Betroffene zusammen zu bringen ist die effektivste Maßnahme.

Fazit:

Raum schaffen für den (angeleiteten) Austausch unter Betroffenen.

Ausgewählte Schlussfolgerungen:

3. Vernetzung

Jede Einrichtung, gleich welcher Art, die präventiv tätig wird, ist wertvoll. Auch deren Vielfalt ist ein hohes Gut.

Was (oftmals) fehlt und kontinuierliche Arbeit erfordert:

Die gemeinsame Organisation und Vernetzung dieser Einrichtungen und Organisationen auf allen Ebenen.

Dies ist eine Frage des PRÄVENTIONS-MANAGEMENTS.

Ausgewählte Schlussfolgerungen:

2. Motivation, Bindungen, Ziele

Es sind drei Faktoren, die unser Lernen in besonders hohem Maße befördern und Wirkung erzielen:

- A. Eine Tätigkeit wird um ihrer selbst willen durchgeführt.
- B. Es gibt eine positive Beziehung zwischen den Aktiven.
- C. Ein Ziel wird angestrebt und erreicht.

Ausgewählte Schlussfolgerungen:

4. Respekt für jede unterschiedliche Perspektive

Jede Perspektive ist wertvoll.

Diversität ist ein hohes Gut – das wir für uns nutzen sollten.

Ausblick:

Die Veränderungen in unseren Gemeinwesen werden sich weiter beschleunigen.

Das bedeutet:

Es gibt keinen Stillstand, kein „Zur-Ruhe-kommen“ und kein „Ende der Gespräche“. Herausforderungen wird es immer geben, und diese werden immer weitere und kontinuierliche Arbeit erfordern. Und wir werden immer weiter dazulernen (müssen).

www.allpsy2.de

www.huckepack-kinderfoerderung.de

<https://www.tuced.de/studiengaenge/ba-praeventionsmanagement/>

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Anhang (Vortrag 3, gekürzt)



Gemeinde Arzberg
Platz der Einheit 1
D-04886 Arzberg
www.gemeinde-arzberg.de

Arzberg – In Nord(s)achsens  Ostelbien

Fachtag 2019

„Familien.Stärken.Kommunen“



Impulsreferat



Netzwerk Familienfreundlichkeit - Ansätze, Aufgaben, Ausblicke



Gemeinde Arzberg
Platz der Einheit 1
D-04886 Arzberg
www.gemeinde-arzberg.de

Arzberg – In Nord(s)achsens  Ostelbien

Arzberg in Ostelbien

Auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Kommune

Holger Reinboth
Bürgermeister

Dresden, 12. Juni 2019



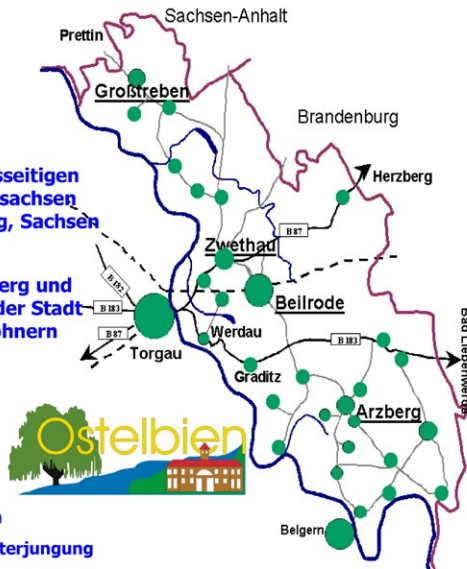
Arzberg in Ostelbien

161 km² großes Gebiet auf dem rechtsseitigen Elbeland-Gebiet des Landkreises Nordsachsen im Bundesländer-Dreieck Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt

29 Ortsteile der zwei Gemeinden Arzberg und Beilrode sowie die ostelbischen Teile der Stadt Torgau mit insgesamt ca. 6.400 Einwohnern

Probleme der Region

- schwache infrastrukturelle Entwicklung
- fehlende Beschäftigungsangebote
- unterdurchschnittliche Wirtschaftskraft
- angespannte kommunale Kassensituation
- Bevölkerungsrückgang, Überalterung, Unterjungung



Die Gemeinde in der Pflicht

- infrastrukturelle Wohnumfeld-Entwicklung
- Mobilität in unserem ländlichen Raum
- erweiterte Beschäftigungsangebote
- Kinderbetreuung & Schulstandort
- gesicherte medizinische Versorgung
- stabile Grundversorgungsangebote
- generationengetreue / -übergreifende Freizeitangebote
- Ideen gegen Immobilien-Leerstand

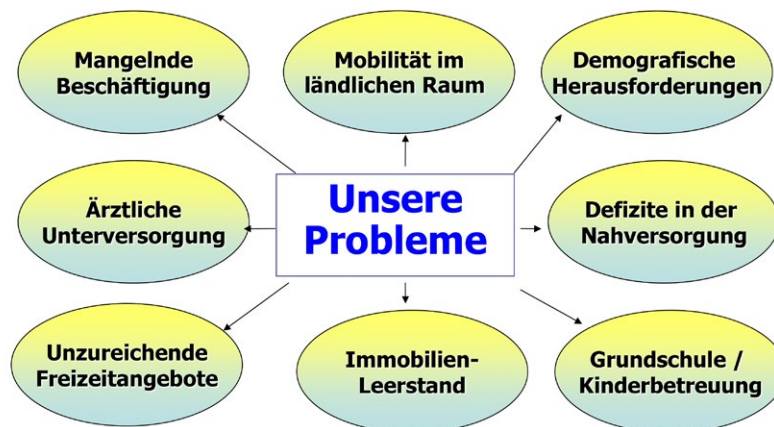
Arzberg
Kreis Nordsachsen



Gestaltung der Daseinsvorsorge in den Zeiten der Herausforderungen des demografischen Wandels



Die Sorgen im ländlichen Raum



Arzberger Allgenerationen-Domizil

2007
Ideenentwicklung,
Partnersuche,
Trärgewinnung,
Antragstellung



2008
Bewilligung,
Hauseinrichtung,
Angebotsentwicklung,
Einweihung



Seit dem 4. Juli 2008 hat Arzberg ein MGH.

Unser Ostelbisches MGH Arzberg

O-M-A für alles

Geben & Nehmen



Immobilienutzung
Beschäftigungsangebote
Freizeiteinrichtung
Info- & Servicestelle
Begegnungsstätte
Beratungspunkt
Wirtschaftspartner



Haus I: Offener Treff



Mehr Generationen Haus
Wir leben Zukunft vor



Haus II: Angebote

Arzberg baut barrierefrei (I)



2012



2017

„Lieblingsplätze für alle“: Mit diesem Sonderprogramm des Freistaates und des Landkreises Nordsachsen wurde unser O-M-A-Haus im Umfang von ca. 25.000 EUR neu gestaltet. Barrierefreier Zugang und Behinderten-WC sind auch Voraussetzungen für neue Nutzer – und somit auch ein barrierefreies Wahllokal.



Bürgerbus: Wir machen Arzberg mobil!



Stolze Bilanz nach zwei Jahren:

1.000 km und
100 Fahrgäste
pro Monat



Kooperationsprojekt der Gemeinde Arzberg mit dem Landkreis Nordsachsen mit Unterstützung vom Ostelbien-Verein seit 22.2.2017

Arzberg baut barrierefrei (II)



D
O
R
F
L
A
D
E
N



Ä
R
Z
T
E
H
A
U
S



Unsere Arzberger Philosophie

GEMEINDE
Theoretische Anstöße
Praktische Aktivitäten
Sicherung Rundumfeld

Die Arzberger Dorflebensart schafft Identifikation!

Freiwilliges Engagement
Alltagskompetenz
Ideenreichtum
BÜRGERSCHAFT

„Wir lieben das Landleben“

Holger Reinboth über Demografie, Familienfreundlichkeit und Ideenumsetzungen



Wie können wir das Landleben mit mehr Kindern und Jugendlichen verbinden? Die Antworten sind vielfältig und liegen in der Kombination von verschiedenen Faktoren. Ein wichtiger Aspekt ist die Schaffung von Lebensräumen, die sowohl für Familien als auch für junge Menschen attraktiv sind. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ein weiterer Punkt ist die Förderung von sozialen Netzwerken und die Stärkung der Dorflebensart. Dies kann durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden, wie zum Beispiel die Einrichtung von Kindertagesstätten, die Förderung von Vereinen und die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen. Ein zentraler Punkt ist die Sicherung der Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Mobilität und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Dies ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung von Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Branchen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ein weiterer Punkt ist die Förderung von sozialen Netzwerken und die Stärkung der Dorflebensart. Dies kann durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden, wie zum Beispiel die Einrichtung von Kindertagesstätten, die Förderung von Vereinen und die Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen. Ein zentraler Punkt ist die Sicherung der Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Mobilität und der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Dies ist Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität im ländlichen Raum.

Arzberg & Modellprojekte

Modellprojekt 2017
„Familien im Zentrum – Auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune“

Deutscher Familienverband **BKS**

Der Deutsche Familienverband Landesverband Sachsen e.V. (DFV Sachsen e.V.) arbeitet seit 2017 in Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum für Kommunaldirektoren Sachsen e.V. (BKS Sachsen e.V.) in Arzberg mit dem jeweiligen Verantwortlichen und Akteuren vor Ort, eine Familienfreundlichkeit vor Ort auszurollen können. Dieses Modellprojekt wird vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz gefördert.

Auftragsveranstaltung in Arzberg
Am 4. September 2017
Beginn: 15.00 Uhr

Programm
Begrüßung durch die Vorsitzende des DFV Sachsen e.V. Beate Schöner
Impulsreferat: „Was ist Familienfreundlich?“
Anja Hennrich, Dresden
Vorstellung der Gemeinde durch den Bürgermeister der Gemeinde Arzberg, Landrat Christian Nontschach, Holger Reinboth
Empfehlungen zur praktischen Umsetzung vor Ort
Lutz Barthel, VSP-Präsident, Dresden

Bildung der einzelnen Arbeitsgruppen
Themen: Vernetzung, Wohnen, Verkehr, Familienorte mit anschließender Diskussion

Moderation: Anja Hennrich
Wir freuen uns auf einen interessanten Auftakt unseres gemeinsamen Wegs zur familienfreundlichen Kommune Arzberg.

Beate Schöner
Deutscher Familienverband
Landesverband Sachsen e.V.

Lutz Barthel
Bildungszentrum für
Kommunaldirektoren Sachsen e.V.

Familien im Zentrum – Auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune

ARZBERG

Familienfreundliche Kommune

04. September 2017
15.00 – 18.00 Uhr

Ostelsches Mehrgenerationenhaus Arzberg
O-M-A
Straße der Jugend 1
04886 Arzberg

Arzberg & die Wettbewerbe



„Sächsischer Inklusionspreis / Demografie“ 2016

Urkunde

Bundesweiter Wettbewerb „Gemeinsam stark sein“ 2012
in 394 B.L.G. und Landes-Regionen

Die B.L. Region
Ostelbien – Brücke im Dreiländereck

Altertümlicher Bauernhof Kathewitz:
Selbst gemachte Erlebnis-Vielfalt
als
Finalist
hervorgegangen

Dr. Hans Christoph Eder
Vizepräsident Bundesverband
Inklusion und Bildung

Teilnahme am Bundeswettbewerb der DVS mit dem Projekt „Altertümlicher Bauernhof Kathewitz“ 2012



Nominiert für den Sächsischen Bürgerpreis 2016: O-M-A-Projekt



2012: Urkunde beim Demokratie-Preis der SPD-Landtagsfraktion

Erwartungen ans Projekt

- Möglichkeit zur Präsentation des Ist-Zustandes vor Experten
- Erhalt von Anregungen und Denkansätzen
- Aufzeigen von Defiziten, Nachholebedarfen
- Hinweise für tägliche praktische Tätigkeit
- Entwicklung strategischen lokalen Denkens
- Sichten von neuen eigenen Horizonten
- Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen
- Theoretische Basis für praktische Umsetzung
- Anstoß für politische Entscheidungsträger
- Erschließung neuer thematischer Förder-Möglichkeiten
- Netzwerk-Arbeit: Vermittlung und Erweiterung von Kontakten
- Öffentlichkeitsarbeit für Arzberg

„Familien im Zentrum“
Familienfreundliche Kommune 2017

Arzberg

Projekt des Deutschen Familienverbands (DFV) Landesverband Sachsen e.V.

Allseitiger Zugewinn für Projektbeteiligte



Unser Stand zum Projektstart

- Arzberg hat gute Ansätze für eine familienfreundliche Kommune
- Theoretische Vorarbeiten und praktische Umsetzungsmöglichkeiten
- Engagierte und interessierte Projekt-Mitstreiter vor Ort
- Ausbaufähig: Beschäftigung, Wohnstandort, Breitband, Angebote
- Grenzen: Finanzieller Spielraum (Freiwillige Aufgaben)
- Achtung: Rahmengesetzgebung Freistaat und Bund

„Die Familie ist ein grundlegendes Element für jede nachhaltige Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft.“

(Franziskus)



„Familienfreundliche Kommune“

Arbeitsgruppen: Analyse Ist-Zustand / Bedarfe

- AG Verwaltung: Bürgermeister, Gemeinderäte, Verwaltung, LRA
- AG Wohnen: Verwaltung, Eltern, Interessierte
- AG Verkehr: Bürgerbus-Team, Interessierte
- AG Familienorte: O-M-A-Haus, Elternvertreter, Kita, Hort, Schule

FAZIT

Wir haben schon gute Ansätze, aber noch mehr haben wir: Wünsche, Ideen, Vorstellungen & Forderungen!



„Familienfreundliche Kommune“

Die Wünsche zur Umsetzung

Kommunale Aufgaben

- Werbung als Zuzugsort
- Bauland bereitstellen
- 3-/4-Raum-Wohnungen
- Familienwegweiser (Willkommensbroschüre)
- Ortskerne-Gestaltungen
- „Zebrastrreifen“ vor GS
- Spielplätze sanieren
- Familienplätze schaffen
- „Teeny“-Chill-Platz
- „tote“ Gaststätten beleben
- neue Freizeiteinrichtungen
- Unterstützung Ehrenamt

Freistaat-Aufgaben

- vom Modellprojekt zur institutionellen Förderung
- Förderung „Familienlotse“
- kostenlose Vorschulzeit
- kostenfreie Schülerbeförderung
- Unterstützung bei: I-Net im ländlichen Raum
- Daseinsvorsorge ÖPNV
- Förderprogramme Kommunalbudget

Bundesaufgaben

- Finanzausstattung der Kommunen verbessern
- Bundesprogramm für Wirtschaftsförderung im Ländlichen Raum
- Verstetigung MGH-Programm ab 2021
- Familienferien-Zentren
- Familien-Steuer-Politik



Familienfreundlichkeit: Wie weiter?



Handlungsempfehlungen, Kooperationen, HH-Stelle im Freistaat



Gemeinde Arzberg
Platz der Einheit 1
D-04886 Arzberg
www.gemeinde-arzberg.de

Arzberg – In Nordsachsens 

Beiträge zur Umsetzung

Landkreis Nordsachsen

- „Seniorenbezogenes Gesamtkonzept“
- Projekt „Soziale Kümmerer“
- Willkommenskultur im Landkreis

Freistaat Sachsen

- Finanzausstattung der Kommunen
- Lichtung „Fördermittel-Dschungel“
- Entlastung der Familien (Tickets, Gebühren)



Gemeinde Arzberg
Platz der Einheit 1
D-04886 Arzberg
www.gemeinde-arzberg.de

Arzberg – In Nordsachsens 

Arzberger Entwicklungsplan 2025

- Entwicklung von Hierbleibe-Angeboten für Jung und Alt
- Verfestigung der Bildungsinfrastruktur
- Mobilitätsangebot Bürgerbus
- infrastrukturelle Entwicklung der Ortsteile (Straßen, Leerstand)
- Erhalt der Verkaufseinrichtungen und rollender Angebote
- familienfreundliches und seniorenbetreutes Arzberg
- barrierefreies, inklusions- und migrationsfreundliches Arzberg
- I-Net-Gemeinde mit Digital-Grundschule
- Unterstützung Vereinsarbeit & Ehrenamt
- „sanfter“ Tourismus mit Radeln, Wandern, Wassersport
- Entwicklung zur energieautarken Gemeinde

IMPRESSUM

Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.
Schulstraße 15
02977 Hoyerswerda

Tel.: 03571/40 72 17/18
Fax: 03571/40 72 19

bks@bks-sachsen.de
www.bks-sachsen.de

Lutz Barthel LL. M. (Geschäftsführer)

Autor & Redaktion: Regine Scheffer (Konzeption, Texte)

Redaktionsschluss: 28. Januar 2020

Fotos: Lutz Barthel LL. M.

Vorträge: Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher,
Prof. Dr. Udo Rudolph, Holger Reinboth

Satz & Druck: Foto- & Werbestudio Metzner
www.werbemetzner.de

ISBN: 9783-934534-79-7



Diese Projektdokumentation wird finanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes.

Anmerkungen des Herausgebers: Die von den Autoren geäußerten Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Die BKS- Veranstaltungen- und Publikationen dienen der Heran- und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung und werden vom Sächsischen Staatsministerium des Innern gefördert.

Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e.V.
Schulstraße 15
02961 Hoyerswerda

Tel.: +49 3571 / 40 72 17
Fax +49 3571 / 40 72 19
E-Mail: bks@bks-sachsen.de

